

November '81

rote blätter

EXTRA

Studentenmagazin

Organ des MSB Spartakus

Der bundes- Streik findet

Eine gewagte Prognose? Immerhin hat es in der mittlerweile schon mehr als 10 Jahre alten Geschichte der Studentenbewegung erst einen bundesweiten Streik gegeben – 1977 gegen das Hochschulrahmengesetz. Doch sieht man sich die Aktionen des letzten Jahres an und schaut man auf die, wie es im Organisationsjargon heißt, „Beschlußlage der VDS“, so kann man einigermaßen optimistisch sein, daß das Wintersemester 1981 den zweiten bundesweiten Streik der Studenten sehen wird. Vor einem Jahr haben 100000 gegen die damals beschlossenen Kürzungen an den Hochschuletats demonstriert, 40000 waren es trotz kürzester Mobilisierungszeit, die am 3. Juni gegen die Bafög-Kürzungen protestiert haben, nach ausführlicher Diskussion hat der Zentralrat der Vereinigten deutschen Studentenschaften, sozusagen das oberste Beschußorgan der zentralen Studentenorganisation, auf der Basis einer Beratung von 120 Allgemeinen Studentenausschüssen zu „massivsten Protestaktionen und Streik: bundesweit!“ aufgerufen.

Doch damit ist der Streik noch nicht durchgesetzt, machen müssen ihn allemal die Studentinnen und Studenten selber. Deshalb unsere sieben meistdiskutierten Punkte zum bundesweiten Streik:

2. Bafög statt Pershing II

3. Streik für den Frieden – aber nicht nur



weite statt!

Studentenbewegung im „Konzert“ der außerparlamentarischen Kräfte, es verbessert unsere Bündnismöglichkeiten und damit unsere Erfolgsaussichten. Der bundesweite Streik findet zum selben Zeitpunkt statt wie die erste bundesweite Aktionswoche der Schüler (auch sie streiken in einigen Bundesländern) und des zweiten Bildungsweges, dessen Absolventen ebenfalls einen Tag streiken wollen.

Dabei ist der Streik nicht einfach ein Veranstaltungsboykott. Wir sind für einen aktiven Streik. Das heißt, wir wollen in der Zeit des Streiks unsere eigenen Veranstaltungen durchführen, alternative Studieninhalte erarbeiten, uns mit Studienplanungen, Berufszielen auseinandersetzen. Wir wollen den Streik nutzen, um mit anderen Bewegungen, der Friedensbewegung, den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Wir wollen den Streik nützen, um Informationsarbeit in der Stadt und vor den Betrieben durchzuführen, um praktische Solidarität für unser Anliegen, bessere Voraussetzungen für den gemeinsamen Kampf zu organisieren.

4. Wieso eigentlich Streik?

Viel diskutiert und völlig klar ist, daß ein studentischer Streik nicht die selbe Funktion hat wie ein Streik im Betrieb. Ökonomischen Druck übt er nicht aus, finanzielle Verluste entstehen bestenfalls für die Studenten selber. Aber auch ein Betriebsstreik wirkt sehr stark

5. Ist der Streik durchsetzbar?

Da sind wir ziemlich sicher. Na-

1. Die Situation ist da!

Gut für die Studenten, daß sie nicht allein stehen. Oder besser gesagt erstmal schlecht für alle gemeinsamen Betroffenen. Die Kürzungen am Bafög, am Hochschulausbau, an den Stellen im öffentlichen Dienst, höhere Steuern und Abgaben, aber keine Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit – all das gehört zur „Operation '82“, die immer noch nicht beendet ist, deren Patient aber schon halb tot ist.

Jedenfalls dann, wenn mit dem Patienten die Mehrheit der Bevölkerung gemeint sein sollte, zu deren Gunsten ja angeblich immer noch der Staatshaushalt ausgegeben wird.

Doch in Wirklichkeit wird bei den Sozialleistungen, bei den Bildungsetats immer weiter gekürzt, während bei den Konzernsubventionen (zur Wegrealisierung von Arbeitsplätzen) und beim Rüstungshaushalt immer noch kräftig zugebaut wird. Gemeinsame Betroffenheit von Studenten und arbeitender Bevölkerung gibt's also mehr denn je. Damit auch mehr Grund, sich gemeinsam zu wehren!

Seit 1977, dem ersten bundesweiten Streik, ist die Situation an den Hochschulen nicht besser geworden. Deswegen ist mancher heute skeptisch. Aber was besser ist als 1977, ist, daß sich ein '81er bundesweiter Streik einordnet in eine Vielzahl großer außerparlamentarischer Bewegungen. Die 300 000 vom 10. Oktober, der Mut und die Zähigkeit der Verteidiger des Waldes von Mörfelden gegen die Startbahn West, die 70 000 auf der IG-Metall-Demo in Stuttgart – all das sind Fakten, die auch uns Studenten Mut machen können, zu scharfen Kampfformen in der Verteidigung unserer Interessen zu greifen.

Zugleich haben die Studenten eine hohe eigenständige Verantwortung. Vor einem Jahr, im Wintersemester 1981, war die Studentenbewegung die erste Bewegung eines sozialen Sektors, die gegen die Kürzungen in den Sozial- und Bildungsetats protestiert hat. Der bundesweite Streik wird wahrscheinlich die größte sozialpolitische Bewegung dieses Winters sein. Das erhöht die Bedeutung der

aufgrund seiner politischen Wirkung. Aufgrund der Tatsache, daß die Arbeiter in ihm etwas über die eigene Stärke, über ihren Gegner lernen und darüber, daß sie nur durch eigenes Handeln ihre Interessen durchsetzen können. Das macht große Streiks für die Herrschenden in diesem Lande gefährlich. Diese Effekte hat auch ein studentischer Streik. Vor allem wendet er sich an die Masse der Studenten. Jede und jeder ist gefragt, ist gefordert, sich zu entscheiden. Boykott des Seminars und der Vorlesung? Ja oder nein bei der Urabstimmung? Seminar diskussion in Vorbereitung des Streiks oder nicht? Diese Einbeziehung aller Studenten in die Auseinandersetzung um den Streik ist seine politische Stärke. Sie unterscheidet ihn von allen anderen studentischen Kampfformen. So ist der Streik diejenige Kampfform, die der Betroffenheit der Masse der Studenten entspricht. Niemand wird mit seinen Problemen allein gelassen, Bewußtsein über die gemeinsame Betroffenheit entsteht, das gemeinsame Handeln vor Ort, das Wissen um die bundesweite Solidarität gibt Stärke, Kraft zum eigenen Handeln.

Fortsetzung umseitig

Streiken – aber wie?

Von vielen Seiten wird uns gerne entgegen gehalten, wir würden mit dem Streik nur bewirken, daß die Hochschulen für eine Woche lang leer gefegt werden, weil alle zum Skifahren oder in Ferien gehen. Deshalb sei eine Aktionswoche viel sinnvoller. Nun, so alt dieses Argument auch ist, es taucht immer wieder auf und wird ausge rechnet dem MSB Spartakus vor gehalten, der als „Erfinder“ der Demokratischen Gegenhochschule vor nun fünf Jahren genau das Gegenteil davon in die Welt setzte: nämlich die Lahmlegung des „normalen“ Studienbetriebs zugunsten eines selbstorganisierten, alternativen Studiums.

Wenn wir auch diesmal nicht den Aufbau der DGH propagieren, so gilt selbstredend auch anno 1981 noch: nur ein Streik ermöglicht solch einen alternativen Studienbetrieb, während Aktionstage je-

dem die Möglichkeit bieten, sich ins Seminar davonzustehlen. Dabei paßt das von den Jusos vorgeschlagene Konzept der „Offenen Hochschule“, wie es auch im Zentralsratsbeschuß formuliert ist, haargenau ins Bild. Öffnung der Hochschule für Diskussionen über den universitären Rahmen hinaus: mit der Friedensbewegung, mit Bürgerinitiativen, mit Gewerkschaften, mit Schülern.

Was schlagen wir also konkret vor? Fest steht: der Mittwoch (9. 12.) gehört den Frauen. Denn der Projektbereich Frauen der VDS bereitet schon seit dem Sommer für diesen Tag Veranstaltungen zu frauenspezifischen Themen vor: Frauenforschung, Frauen in die Bundeswehr, Gewalt gegen Frauen, Frauen an der Hochschule... Für den Dienstag (8. 12.) schlagen

wir vor, sich mit den alltäglichen Themen des Studiums zu beschäftigen. Das heißt also, die normale Situation im Seminar zu diskutieren und Veränderungsmöglichkeiten zu erarbeiten; dazu gehört aber auch die Anleitung für Klausuren, Referate und Hausarbeiten. Und insbesondere sollten auch die psychischen Auswirkungen des Studiums angegangen werden: Ein samkeit, Anonymität, Angst, Frust, Aussteigen.

Der Donnerstag (10. 12.) soll unserer Vorstellung nach der Friedenstag sein. Gerade anlässlich des zweiten Jahrestages des NATO-Beschlusses müssen die Hochschulen zu Bastionen des Friedens werden. Es bietet sich also an, Podiumsdiskussionen mit Hochschullehrern und Aktivisten der Friedensbewegung durchzuführen. Friedenspädagogik-AGs vor

Wird deshalb dazu auf, an allen Hochschulen, an allen Fachbe-

Bereichen bieten sich an; es gibt also viele Möglichkeiten.

Der letzte Tag sollte neben Auswertungsveranstaltungen vor al lem im Zeichen der Öffentlichkeitsarbeit stehen. Wir schlagen vor,

an den einzelnen Hochschulorten Demonstrationen gemeinsam mit anderen Betroffenen zu machen. Es versteht sich dabei von selbst, daß ein solch aktiv angelegter Streik der Vorbereitung bedarf. Je länger die Vorbereitung, je mehr Kommilitonen darin einzogen sind, um so effektiver wird der Streik sein.

Aber nicht genug. Wir rufen auch dazu auf, örtliche Rotstiftkomitees zu bilden. Wozu? Darin sollen alle Gruppierungen und Organisationen mitarbeiten, die von der Mi-

reichen Streikkomitees zu bilden. Diese Streikkomitees sollen die Träger und Organisatoren des Streiks sein: in der Programmgestaltung, in der Öffentlichkeitsarbeit, in der Auswertung. Denn wir Zuletzt ein nicht unwichtiger wollen ja die Hochschulen öffnen: Punkt: je besser die inhaltliche deshalb sollte für eine effektive Arbeit vorbereitet und umgesetzt Presseberichterstattung gesorgt wird, um so besser kann sie kon serviert werden. Denn mit Ende des Streiks enden die Auseinandersetzungen nicht, kann unser Kampf nicht enden. Schon oft sind aus Arbeitsgruppen und Projekten

während Streiks Seminare geworden, und gerade wenn es uns gelingt, mit selbstorganisierten Projekten den Nachweis für deren Notwendigkeit zu führen, können diese betroffen sind, also Schüler, Teilerfolge erzielt werden.



Die roten blätter sind für 2,- DM erhältlich in collectiv-Buchläden, bei jedem Spartakisten und beim Verlag.

Noch besser: rote blätter abonnieren.
Jahresabo für 19,50 DM.
rote blätter,
Weltkreis-Verlags-GmbH,
Brüderweg 16, 4600 Dortmund

Fortsetzung
Der bundesweite
Streik findet statt!

Seit der Konferenz der über 120 Allgemeinen Studentenausschüsse und dem darauf folgenden Zentralbeschuß der VDS für „massivste Proteste und Streik: bundesweit!“ sind die Voraussetzungen erst recht besser geworden. Der VDS-Beschluß wird getragen von Juso-Hochschulgruppen, LHV, SHB und unserer Organisation, dem MSB Spartakus, sowie der überwältigenden Mehrzahl unorganisierter Vertreter von Allgemeinen Studentenausschüssen. Wenn sie alle auch „vor Ort“ an einem Strang ziehen, wird der Streik auch an großen Hochschulen durchsetzbar sein. Daß ausgerechnet Hochschulen, an denen die Basisgruppen besonders stark sind, am wenigsten „streikbereit“ sein sollen, will uns nicht recht einleuchten. Eher glauben wir, daß man auch an diesen Hochschulen schon weiter wäre, wenn die Streikdiskussion und Streikvorbereitung früher angegangen warden wäre. Aber auch hier ist es nicht zu spät, packen wir es also an, überzeugen wir die Vertreter der Basisgruppen oder führen wir den Streik selber durch.

6. Lieber dezentrale Aktionen?

Bundesweite Betroffenheit erfordert bundesweite Gegenwehr. Und je koordinierter, desto besser. Denn der gemeinsame und gleichzeitige Protest hinterläßt mehr Eindruck beim Gegner, verbessert unsere Chancen. Er ist darüber hinaus stärker als ungleichzeitige und unkoordinierte Proteste, weil er vielen das Mitmachen ermöglicht, die sonst nicht dabei wären. Darüber hinaus ist der bundesweite Streik zwar eine koordinierte, und zwar eine hochgradig koordinierte Aktion, er ist aber zugleich die dezentralste Aktion überhaupt. Was sollte auch ein zentraler bundesweiter Streik sein, wenn der VDS-Vorstand die Arbeit niederlegt?

Scherz beiseite – an keiner Aktionsform sind so viele Studentinnen und Studenten beteiligt wie am bundesweiten Streik, damit verbessert er auch die Vorausset-

zungen für eine kontinuierliche Arbeit größerer Teile der Studen-

Bundesweiter Streik, das heißt eigenständiges Handeln der Massen, und davor haben die Herrschenden am meisten Angst.

7. Worauf kommt es jetzt an?

An manchen Hochschulen werden schon Urabstimmungen durchgeführt worden sein, an den meisten haben Vollversammlungen stattgefunden. Wo es noch nicht so weit ist, sollte man sich als nächstes an die Urabstimmung machen. Urabstimmungen erhöhen nicht nur die Legitimation des Streiks, machen ihn leichter durchsetzbar, sie sind zugleich ein Mittel, die Diskussion um den Streik zu verbreitern, schon in der Urabstimmung sind alle angesprochen, sich Gedanken über den Streik und seine Forderungen zu machen, die Urabstimmung ist ein großer Bewußtwerdungs- und Politisierungsprozeß. Deswegen geht auch von ihr schon politischer Druck aus. Wenn der Streik ein Erfolg werden soll, muß schon jetzt seine „Ausgestaltung“ vorbereitet werden. Streik-AGs sollten gegründet werden, Seminargruppen sollten sich zusammensetzen und ihre Arbeit während des Streiks planen. Schon jetzt sollten Gespräche mit „Bündnispartnern“, das heißt den Schülern und ihren Vertretungen, den Gewerkschaften, Vertretern der Friedensbewegung und Hochschulangehörigen bis hin zu den Hochschulleitungen geführt werden. Dann wird der Streik nicht nur ein Veranstaltungsboykott sein, sondern eine Demonstration dessen, wie wir uns die Hochschulen wünschen. Hochschulen nicht gegen, sondern für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Hochschulen, an denen das Studieren nicht nur eine Last bedeutet, Hochschulen, an denen wissenschaftliche Tätigkeit nicht Druck, sondern Herausforderung bedeutet.

Bis es soweit ist, werden wir noch lange zu kämpfen haben. Der bundesweite Streik kann dabei ein wichtiger Schritt sein, der Mut für das weitere Handeln macht.

Das Erste Lied zum bundesweiten Streik 1981

Jetzt wollen wir streiken, sieben Tage lang,
wir wollen streiken – komm, mach mit.

Wir wollen, daß das Bafoß reicht,
nicht daß man Hochschullehrerstellen streicht,
ja daß man keine Stellen streicht.

Refrain
Du stehst vorm Hörsaal, kommst nicht mehr rein,
Angst vor der Prüfung, vor dem nächsten Schein –
Mensch, damit bist du nicht allein.

Bereits über 80 ASten dafür

Zoff im Dezember

Und diese Zahl ist nur gültig bis zum Redaktionsschluß am 9. November 1981. Neben den bundesdeutschen ASten und Studentenschaften hat sich auch die Landesastenkongferenz Westberlins für Stadtweite Streik- und Aktionstage ausgesprochen. Die Mehrheit war für einen Streik. Das gilt auch für die Mehrheit bundesdeutscher ASten. Noch nie in der aktionsreichen Geschichte der VDS hat es einen so breiten, umfassenden Diskussionsprozeß vor einem Beschuß gegeben. „Für massivste Proteste und Streik: bundesweit!“

FH Aachen: AStA und SP
KFH Aachen: AStA und VV für UA
Uni Bielefeld: AStA
FH Bielefeld: AStA und SP
Uni Bochum: Mehrheit der Fachschaftsräte für Streik
FH Bochum: AStA
SHfBK Braunschweig: SP für UA
Uni Bremen: AStA und SP
HfG+M Bremen: AStA und SP und VV
HfT Bremen: AStA und VV
HfN Bremen: AStA und VV für UA
HfW Bremen: BAS-Unterstützer
FH Bremerhaven: AStA
Uni Dortmund: VV für UA
FH Dortmund: AStA und SP
FH Düsseldorf: BAS
Ev. FH Kaiserswerth: AStA
GHS Duisburg: AStA und SP
GHS Essen: VV für UA
FH Emden/Ostfriesland: VV für UA
PH Esslingen: AStA
FH Soz. Esslingen: AStA
FH Frankfurt: AStA und SP
Uni Freiburg: VV für Streik
PH Freiburg: AStA und SP
FH-Furtwangen: AStA
PH Göttingen: AStA
FH Hagen/Iserlohn: AStA
Uni Hamburg: AStA/SP
SHfM Hamburg: BAS-Unterstützer
HWP Hamburg: AStA und SP
FH Hamburg: AStA und VV für UA
TiHo Hannover: BAS-Unterstützer
MuHo Hannover: BAS-Unterstützer
FH Hannover: VV für UA
Uni Hohenheim: Gesamtfachschaftsrat
Uni Kaiserslautern: BAS-Unterstützer

Uni Karlsruhe: BAS-Unterstützer
PH Karlsruhe: BAS-Unterstützer
GHS Kassel: VV für UA
FH Klei: BAS-Unterstützer
PH Klei: BAS-Unterstützer
EWH Koblenz: VV für UA
FH Koblenz: VV für UA
Uni Köln: SP
FH Köln: AStA und SP
KFH Köln: BAS-Unterstützer
AFH Köln: BAS-Unterstützer
PH Köln: BAS-Unterstützer
FH Lübeck: AStA
Uni Mainz: VV für UA
FH Mainz II: BAS-Unterstützer
Uni Mannheim: AStA
FH Soz. Mannheim: VV für UA
FHT Mannheim: AStA
TU München: AStA
Stiftung München: BAS-Unterstützer
Uni Münster: 15 Fachschaften für Streik
FH Niederrhein: AStA
Uni Nürnberg/Erlangen: BAS-Unterstützer
FH Nürtingen: AStA
Uni Oldenburg: VV für UA
FH Oldenburg: BAS-Unterstützer
KFH Paderborn: VV für UA
GHS Paderborn: VV für UA
FHW Pforzheim: BAS-Unterstützer
FHG Pforzheim: VV für UA
FH Ravensburg: BAS-Unterstützer
Uni Regensburg: BAS-Unterstützer
PH Reutlingen: VV für UA
Uni Saarbrücken: BAS-Unterstützer
GHS-Siegen: AStA und SP
ADBK Stuttgart: AStA und SP
FH Bibl. Stuttgart: VV für UA
FH Technik Stuttgart: AStA
FH Druck Stuttgart: AStA
Uni Trier: BAS-Unterstützer
KFH Vechta: BAS-Unterstützer
Uni-Vechta: BAS-Unterstützer
FH Wiesbaden: AStA und SP
FH Wilhelmshaven: UA für Streik vom 10. bis 17. November

BAS-Unterstützer: Das sind ASten, die auf dem Bundesastenkongress der VDS am 31. Oktober für den Beschuß „Für massivste Proteste und Streik: bundesweit!“ vom 7. bis 12. Dezember 1981 gestimmt haben.
AStA und SP: Das sind Allgemeine Studentenausschüsse und Studentenparlamente, die sich für den VDS-Beschluß ausgesprochen haben.
VV für UA: Das sind zum größten Teil Gesamtversammlungen, die sich für eine Urabstimmung über eine Woche Streik vom 7. bis 12. Dezember ausgesprochen haben. An einigen Orten sind kleine zeitliche Abweichungen möglich.

Aufruf des Zentralrates

Wir wissen, daß wir Studenten von der Sparpolitik der Bundesregierung, von Hochrüstung und Sozialabbau alle gleichermaßen und massiv betroffen sind und deswegen scharfe Kampfmaßnahmen zur Gegenwehr brauchen.

Wir wissen, daß einerseits die schärfsten Kampfformen und der breiteste Widerstand nötig sind, andererseits sehen wir, daß nicht an allen Hochschulen und Fachbereichen Streiks möglich sind.

Deshalb rufen wir alle Student/innen/en der BRD und Westberlin auf:

● Für Frieden und Abrüstung!

● Für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik!

● Gegen Sozial- und Bildungsabbau!

FÜR MASSIVSTE PROTESTE UND STREIK: BUNDESWEIT!

7. bis 12. Dezember!

Refrain
Wir Frauen soll'n zurück zum Herd,
wir woll'n was lernen und wir woll'n noch mehr,
wir sind nicht nur mit Mann was wert.

Refrain
Der Reagan wär zum Krieg bereit.
Zum Streik für Frieden ist es an der Zeit,
gegen Raketen bundesweit.

Refrain
In diesem Streik sind wir nicht allein,
mit Schülern gemeinsam macht uns keiner ein –
ja, alle zusammen, das haut rein!

Refrain
Wenn wir uns regen bundesweit,
das kann was bewegen – dafür wird's auch Zeit!
Komm, sei dabei, beim großen Streik!

Nach der Melodie von „Was wollen wir trinken“ von den bots.

Bafög nur noch als Darlehen

Der liberale Holzhammer

Der Abbau der Sozialleistungen, das allgemeine Streichorchester der Regierungsparteien scheint keß zu machen. Und vom Rausch der Rotstiftorgie erfaßt, präsentierte der liberale Generalsekretär der FDP Günter Verheugen und sein noch labilerer Chef Hans-Dietrich Genscher den Superplan: vollständige Umstellung des Bafög auf Darlehen!

Verheugen produziert diese bildungspolitische Unverschämtheit ausgerechnet vor dem Bundesverband der Holzindustrie, womit sich die Frage nach dem Brett vorm Kopf von selbst erledigt. Genscher dagegen offenbart sich schlitzohrig in der Bildzeitung auf das „gesunde Volksempfinden“ setzend. Man spricht von der Straffung des sozialen Netzes, und sicher hat Genscher noch nicht bemerkt, daß das bereits gestraffte Bafög-Netz schon viele Kommili-

tonen zum Würgen gebracht hat. Mit diesem neuen liberalen Denkmodell, das schneller Wirklichkeit werden kann als uns lieb ist, soll den Arbeiterkindern an der Uni endgültig der Hals umgedreht werden. Mit zynischer Einfältigkeit betont Genscher, daß der Grundgedanke, „auch armen Kindern die Universität zu öffnen“, nicht angetastet werden dürfe. Wann soll das sein? Am Tag der offenen Tür?

Nun mag sich jeder dahin beißen, wo er will, wenn er dem „Wahlprogramm '80“ der FDP bei den letzten Wahlen Glauben geschenkt hat. Dort hieß es nämlich noch: „der Pflichtdarlehensanteil ist abzuschaffen“. Nicht lange herumdiskutieren braucht man, wenn man sich die Frage stellt, was soll man gegen solche Unverschämtheiten unternehmen. Streiken natürlich: bun-

Frauen erhebt euch und die Welt erlebt euch!

Der Projektbereich Frauen der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) hat bereits am 28. Juni 1981 einen Aufruf zu bundesweitem Streik und in dessen Rahmen zu einem Frauenstreik/Aktionstag verabschiedet.

Gründe dafür gibt es genug. Frauen sind in allen Lebensbereichen besonders betroffen von der herrschenden Politik, im Alltag, im Berufsleben, an der Universität.

Gleichzeitig wird vom Bundesgerichtshof ein Urteil zur Vergewaltigung verabschiedet, das uns Frauen regelrecht zu Freiwill erklärt.

Am besten ist wohl, sie bleibt zu Hause. So sähen es die Herren auch gerne. Die CDU spricht sich deutlich für das Heimchen am Herd aus. Frauen sollen ihre Funktion als Mutter erfüllen. Entsprechend werden die Richtlinien für Sozialleistungen geändert. Beispiel Hamburg, da werden Zuschüsse für Kindergartenplätze gestrichen für verheiratete Frauen, die nicht nachweisen, daß sie „mitarbeiten müssen“. Für Frauen, die trotz finanzieller Absicherung durch den Ehemann, ihren Beruf ausüben wollen, erwachsen damit höhere Kindergartengebühren von bis zu 800 DM monatlich. De facto Strafbetrag für Berufstätigkeit. Die Streichungen von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst treffen wiederum vor allem Frauen, die ganz überwiegend in sozialen Bereichen arbeiten. Gleichzeitig wird zynisch die Bundeswehr als neuer Arbeits- und Tätigkeitsbereich propagiert.

An der Uni sind es vor allem Studienplätze von Frauen, die weggekürzt werden, wie im lehrerausbildenden Bereich. Frauenseminare werden als Damenkränzchen diffamiert und gestrichen.

Diplomarbeiten bzw. Examensarbeiten zu Frauenthemen werden kaum betreut. Die katastrophalen Studienbedingungen machen es besonders Frauen schwer, ihre spezifischen Probleme und Fragen einzubringen. Frauen brechen häufiger das Studium ab. Verschärfend wirkt, daß besonders Frauen von den Bafög-Kürzungen betroffen sind. Denn sie bekommen nicht nur schlechtere Jobs, sondern werden zudem noch mieser bezahlt.

Kann in der Beziehung nur einer der Partner studieren, dann ist es meist die Frau, die das Opfer bringt. Studium, Kind und Job sind kaum zu vereinbaren. Schwangerschaftsregelungen in Studien- und Prüfungsordnungen, in der Bafög-Ge setzgebung sind pure Diskriminierung. Und diese Beispiele sind nur ein kleiner Auszug von Gründen, die für den Rückgang des Frauenanteils bei den Studenten verantwortlich sind.

Da gibt's nur eines: wir müssen uns wehren. Deshalb sind wir für den Streik: bundesweit! Deshalb sind wir für einen bundesweiten Streiktag am 9. Dezember 1981.



Frauenstreiktag! Wie kann das aussehen – wie soll das gehen?

Am 9. Dezember 1981, 13.00 Uhr. An allen Unis und Hochschulen steigen Luftballons in die Luft. Eine Demonstration von Frauen für den Frieden. Um 18.00 Uhr am selben Tag erleuchten Tausende von Wunderkerzen den Beginn der Frauenfriedensnacht, damit jede Frau weiß, wir führen den Kampf nicht allein.

Wie dieser Tag an den einzelnen Orten gestaltet wird, das ist Sache der Frauenbewegung vor Ort. Pläne und Vorschläge gibt es bereits eine ganze Reihe. Frauentreffs, Frauenfeste, Frauen-Arbeitsgruppen, Frauen-Vollversammlungen, Frauen-Streikkomitees, alle Möglichkeiten sollen genutzt werden, um so viel Frauen wie möglich in den Streik miteinzubeziehen. In Dortmund ist ein Autoreparaturkurs geplant, in Essen werden Masken gebastelt, Tücher bedruckt und Massagekurse gemacht. In Bochum findet eine Veranstaltung zum Zusammenhang von Sozialabbau und Hochrüstung statt, wobei die besondere Betroffenheit der Frauen im Mittelpunkt steht. In

Bremen diskutiert frau die Frage „Frau und Gewalt“. Die Hamburgerinnen erarbeiten ein Frauenförderungsprogramm. Berufsperspektiven von Frauen sollen in Karlsruhe zusammen mit Praktikerinnen unter die Lupe genommen werden. Und wie gesagt, das sind nur Beispiele, wie man den vorgeschlagenen Schwerpunkt des Frauenstreiktags „Frauen und Frieden“, „Gewalt gegen Frauen“ ausgestalten kann.

Neben diesen Aktionen wird es wie immer Kultur en masse geben. Aber darüber hinaus wollen wir in diesem Streik Kontakte herstellen zu Frauen aus dem Lehrkörper, aus dem technischen Verwaltungspersonal. Wir wollen mit den Frauen in der Mensa, in den Sekretariaten reden. Denn uns alle vereint die doppelte Unterdrückung unter kapitalistischen Bedingungen!

Frauen, bleibt nicht still, wenn man euch verdrängen will. Gegen Rotstift und Raketen hilft gemeinsam aufzutreten.

CDU-Chef zum Bafög: Wir können auch streichen!

Der dialugende Helmut Kohl will hinter der FDP nicht zurückstehen. Auf dem CDU-Parteitag verkündete er, daß man doch mindestens den bei ihren Eltern wohnenden Schülern das Bafög streichen kann. Merkt euch das. Dem fällt bestimmt noch mehr ein.